

Gesellschaft für Informatik

Memorandum für Open Government

[17.10.2012] Die Gesellschaft für Informatik hat ihr Positionspapier zu Open Government vorgestellt. Darin wird mehr Transparenz und Beteiligung beim Regierungs- und Verwaltungshandeln gefordert.

Die künftige Ausgestaltung eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns in Deutschland ist Thema eines Memorandums zu Open Government, das die Fachgruppe Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik (GI) herausgegeben hat. Nach deren Angaben geht es bei Open Government unter anderem um einen grundlegenden Paradigmen- und Perspektivwechsel. So fordern immer mehr Bürger die Öffnung von Staat und Verwaltung ein. Sie wollen zeitnah über Entscheidungen und deren Konsequenzen informiert werden, sich in die Meinungsbildung einbringen und sich an der Umsetzung beteiligen. Gleichzeitig würden die Möglichkeiten offener Daten und Innovationen beachtliche Wirkung entfalten. Eine frühzeitige Auseinandersetzung mit den Chancen, Grenzen und Risiken von Projekten helfe, vorhandene Potenziale realistisch einzuschätzen, geeignete Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen und den künftigen Kurs überlegt zu bestimmen. „Um diesen Mehrwert voll auszuschöpfen, ist es wichtig zu beachten, dass Open Government weitaus mehr als nur Open Government Data ist“, erklärt Jörn von Lucke, Sprecher der Fachgruppe Verwaltungsinformatik, Professor an der Zeppelin Universität in Friedrichshafen und Koordinator des Memorandums. „In der Debatte zu Open Government geht es um das Verständnis von Öffnung: Mit welchen eigenen Schwerpunkten wollen wir als Gesellschaft, Politik und Verwaltung diese Öffnung aktiv gestalten?“

(cs)

Das Positionspapier zum Download

Stichwörter: Open Government, E-Partizipation, Memorandum, Gesellschaft für Informatik, Jörn von Lucke